

Datum: 27. August 2018

SALS IST GEGEN AGRARINITIATIVEN

Der Vorstand der Schweizerischen Vereinigung für einen starken Agrar- und Lebensmittelsektor (SALS) hat zu den beiden Agrarinitiativen Stellung genommen.

von pd/hps



Die SALS empfiehlt, beide Vorlagen abzulehnen. Dabei stützt sich der Verband auf Überlegungen auf die Zukunftsperspektiven der Land- und Ernährungswirtschaft, heisst es in einer Mitteilung. Die SALS wolle den im September 2017 mit einer grossen Stimmenmehrheit angenommenen Verfassungsartikel zur Ernährungssicherheit mit konkreten Massnahmen umsetzen.

Die SALS verfolge die Vision einer starken Land- und Ernährungswirtschaft, auf allen Ebenen der Wertschöpfungskette, welche einen wesentlichen Beitrag zur Ernährungssicherheit leiste. Sie sehe im Verfassungsartikel 104a «Ernährungssicherheit» eine solide Basis für die zukünftige Agrar- und Ernährungspolitik.

Anstatt Volksinitiativen zu produzieren, welche nicht oder nur sehr schlecht umgesetzt werden können, täten die Initianten gut daran, an einer konkreten Lösung mitzuarbeiten und zu definieren was unter «grenzüberschreitenden Handelsbeziehungen, die zur nachhaltigen Entwicklung der Land- und Ernährungswirtschaft beitragen» zu verstehen ist, steht in der Mitteilung.

Für die SALS sei die Antwort klar: Handelsabkommen, welche die Wertschöpfungsketten der Schweizer Land- und Ernährungswirtschaft gefährden, sind nicht verfassungskonform.

Schliesslich hebt der SALS-Vorstand hervor, dass beide Initiativen im Widerspruch zu den in den Vereinsstatuten festgelegten Zielen stünden. Die SALS setze sich nämlich für einen Grenzschutz (Zölle) zur Kompensation von ungleichen Spiessen für in- und ausländische Produzenten ein. Sie fordere jedoch die Abschaffung der nichttarifären Handelshemmnisse (technische Normen, Zertifizierungen), um die administrativen Prozesse der Schweizer Unternehmen beim Lebensmittelexport zu vereinfachen.